

Der Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts, Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. ...

Sozial-Zeitung

Dreizehntägiger Jahrgang.

werden 6. 8. 10. 12. 14. 16. 18. 20. 22. 24. 26. 28. 30. 31. ...

Nr. 328.

Halle, Mittwoch, den 16. Juli.

1919.

Nationalversammlung und Todesstrafe.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Festlegung der Abschaffung der Todesstrafe in der deutschen Verfassung mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt. — Bewegung für einen Generalstreik in Pommern.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 16. Juli. 58. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. Pfeiff, Dr. Damm und Dr. ...

Die Todesstrafe ist abgeschafft. Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag Agnes (U. S.) und Genossen zum Artikel 115 mit demselben Inhalt.

Regierungsminister Dr. Pfeiff: Ueber die Todesstrafe wird in diesem Augenblicke nicht entschieden werden müssen bei der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts.

Abg. Dr. Düringer (Dn.): Die Behauptung, daß die Gelehrten der Wissenschaft sich über die Frage einig seien, ist vollkommen unrichtig.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Der Antrag ist zweifellos vom Realismus eingeleitet, aber Ort und Zeit für ihn sind nicht richtig gewählt.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht eine Frage der Rechtspolitik, sondern eine Kulturfrage allerersten Ranges.

Abg. Frau Toni Pfeiff (Soz.): Diese Frage darf nicht vom juristischen, sondern sie muß von rein menschlichem Standpunkt aus beurteilt werden.

Abg. Dr. Koenig (Dn. Vp.): Die Todesstrafe ist grausam und schauerlich. Die Theologen sagen: Wer Menschenblut vergießt, des Blut löst wieder vergossen werden.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Die Argumente, die Herr Dr. Düringer vorgebracht hat, waren so mittelalterlich, daß ich unbedingt annehmen mußte, daß er von einer altbiederigen Familie stamme.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in einer einstimmigen Abstimmung mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Recht der freien Meinungsäußerung. Was und bestimmt dann weiter: Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Mißspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden.

Schule der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesehliche Maßnahmen zulässig. Ein Antrag Kuehse (Dem.) und Genossen will die Möglichkeit einer Zensur durch beseitigen, daß er nur gesehliche Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schmutz in Wort, Schrift und Bild, sowie bei öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Rückspielen zulassen will.

Abg. Dr. Koenig (Dn. Vp.): Ich spreche für den Ausschluß dieses Antrags. Mein Antrag will den letzten Rest der Zensur, nämlich die Möglichkeit einer Zensur beseitigen und damit die Zensur entfallen.

Regierungsminister Dr. Pfeiff: Ich habe von vornherein erklärt, daß es sich empfiehlt, die Grundrechte in der vorliegenden Form anzuverahren, ich habe mich aber dagegen gewandt, daß der Entwurf noch mit neuen Anträgen befüllt werden soll.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Der Präsident hat zwar eine Bemerkung über den Antrag gemacht, aber nicht veranlaßt, daß die gleiche Bemerkung für die durch den Abg. Düringer gegen meinen Parteifreund Koenig hier, zu machen.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Dieser einzelne Mann war eben ein unabhängiger Sozialdemokrat.

Die Forderungen der Streikenden.

Ein bürgerlicher Abwehrkreis? WTB, Stettin, 16. Juli. Das Gewerkschaftsamt, der Wahlverein der S. P. D. und die Parteivereine der U. S. P. D. rufen zum Generalstreik auf, bis folgende Forderungen erfüllt sind:

- 1. Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern. 2. Entlassung aller während des Belagerungszustandes inhaftierten Gewerksamen und Nichtbeschlagener aller daraus resultierenden Strafverurteilungen. 3. Abschaffung des Generals von Dven. 4. Anerkennung der Arbeiterrechte, ohne deren Zustimmung keine militärischen Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung getroffen werden können.

Infolge dieser Anforderungen sind heute früh die Arbeiter aller hiesigen Betriebe in den Ausstand getreten. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Das Gaswerk, Wasserwerk und das Elektrizitätswerk sind geschlossen.

Der Umfang des Streiks.

Stettin, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Beschluß, heute morgen 8 Uhr zum Protest gegen den verhängten Belagerungszustand und gegen das Streikverbot der Landarbeiter, in den Ausstand zu treten, schlossen sich sowohl die Mehrheitssozialisten als auch die Radikalen an.

Wiedereröffnung des deutsch-polnischen Bahnverkehrs. Danzig, 16. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Transporte amerikanischer Lebensmittel nach Polen werden in dieser Woche beendet.

Gefährdung der Ernte?

Die radikale Linke war am eifrigsten bei der Vertretung der Forderung, daß der Friedensvertrag unterzeichnet werden müsse. Er sollte unterzeichnet werden ohne jede Rücksicht auf seinen Inhalt. Naive Menschen können meinen, daß diesgenau, die für die Unterzeichnung um jeden Preis waren, jetzt auch einige Verpflichtungen zu erfüllen hätten.

Eine solche Haltung ist gewiß schon reichlich gewissenslos. Eine noch schärfere Beurteilung aber verdient das Bestreben der Unabhängigen und Kommunisten, jetzt einen Landarbeiterstreik in Szene zu legen. Man fürchtet in diesen Kreisen, daß die Zeit für eine leichte und bequeme Degeneration vorüber ist, wenn das Volk sich wieder reichlicher und billiger ernähren kann.

